

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Veranstaltung: Riefaer
Gemeinde Nr. 20.

Postkassente: Leipzig 21866.
Stroße Riefa Nr. 22.

Für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riefa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 126.

Donnerstag, 3. Juni 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorkasse, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postkasten monatlich 4.10 Mark ohne Zustellgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Zeilen) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; getrennter und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 30 Pf. Beste Tarife. Demöglicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Blase eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Haftung geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wertschätzende Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Fern- und Druckerel, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Bezugsannahme und Vertrieb: Banner & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riefa; für Anzeigenverwaltung: Wilhelm Dittler, Riefa.

Fleischversorgung in der Woche vom 31. Mai—6. Juni 1920.

- Auf die Reichsfleischkarte Reihe B erhalten auf die Marken 1—10 bez. 1—5
1. bei den Fleischern der Schlachthöfe Großenhain, Riefa, Gröbzig und Werschwitz:
Personen über 6 Jahre bis 100 gr Schweinefleisch und bis 80 gr amerikanischen Speck,
Personen unter 6 Jahre bis 50 gr Schweinefleisch und bis 40 gr amerikanischen Speck,
 2. bei den Fleischern der Schlachthöfe Nadeburg:
Personen über 6 Jahre bis 100 gr Schweinefleisch und bis 80 gr Rind- oder Kalbfleisch,
Personen unter 6 Jahre bis 50 gr Schweinefleisch und bis 40 gr Rind- oder Kalbfleisch,
 3. bei den Fleischern der Schlachthöfe Lampertheim:
Personen über 6 Jahre bis 100 gr Rindfleisch u. bis 80 gr amerikanischen Speck,
Personen unter 6 Jahre bis 50 gr Rindfleisch u. bis 40 gr amerikanischen Speck.

Der Preis beträgt bei
Rindfleisch 3,90 Mk.
Kalbfleisch 4.— Mk.
Schweinefleisch 9,16 Mk.
amerik. Speck 11,75 Mk.
für das ausgewogene Pfund.

Großenhain, am 1. Juni 1920.

571 a v.

Die Amtshauptmannschaft.

Reichstagswahl in Gröba.

Mit Rücksicht auf die hohen damit verbundenen Kosten haben wir davon abgesehen, jedem Wähler für die am 6. Juni stattfindende Reichstagswahl einen besonderen Ausweis auszustellen. Wir erlauben aber die Wähler, wenn sie zur Wahl gehen, ein Legitimationspapier (Trauschein, Militärpaß und dergl.) mitnehmen zu wollen, damit sie sich nötigenfalls dem Wahlvorstand gegenüber über ihre Verlon ausweisen können. Diejenigen Wähler, die nach dem 1. Mai 1920 in der Gemeinde Gröba umgezogen sind, müssen in dem Wahlbezirk wählen, in dem sie vor dem 1. Mai 1920 gewohnt haben. Gröba (Elbe), am 2. Juni 1920.
Der Gemeindevorstand.

Vertikales und Sächsisches.

Riefa, den 3. Juni 1920.

—* Nachleserfassung der Deutschnationalen Volkspartei. Im Hotel Döbner sprach gestern abend in einer von der Deutschnationalen Volkspartei einberufenen, sehr gut besetzten Versammlung Herr Reichstagskandidat Dr. J. Redner nach zu Beginn seiner Ausführungen einen kurzen Überblick über seinen bisherigen Lebenslauf. Darnach sprach er aus den Kreisen des kleinstädtischen Mittelstandes. Er ist das achte von elf Kindern. Sein Vater betrieb neben der Gärtnerei die Landwirtschaft. Er ist gebürtig aus Vorberg in Baden. Bis zum 12. Jahre besuchte er die Volksschule, dann die Gymnasien in Wehrheim und Mannheim, studierte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft auf den Universitäten Heidelberg, München, Rostock und Berlin. Nach Abschluß des Studiums wurde Dr. Redner zunächst wissenschaftlicher Hilfsarbeiter, später Syndikus der Handelskammer in Duisburg am Aldeberghaus. In dieser Stellung lernte er Dr. A. nicht nur die verschiedenen Zweige der Großindustrie und des Großhandels kennen, sondern auch die Sorgen des städtischen Mittelstandes, namentlich des Kleinhandels. Nach langjähriger Tätigkeit in dieser Stellung wurde Dr. A. nach Berlin berufen, um die Leitung von wirtschaftspolitischen Verbänden der Industrie zu übernehmen. Unmittelbar nach Kriegsausbruch übertrug ihm die Regierung die Exportkontrollfunktion für Eisen- und Stahlerezeugnisse aller Art. In dieser Tätigkeit hatte er ebensowohl mit Ausfuhrfirmen der Industrie, wie des Handels, und zwar namentlich des industriereichen Sachsens, zu tun. In seiner Betätigung in industriellen, Mittelstands-, Handels- und allgemeinen Wirtschaftspragen ist schon vor der Revolution seine besondere Beschäftigung mit Fragen der Arbeiterpolitik getreten. Er gebot zu den hervorragenden Führern der Vereinigung zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen Deutschlands, wie sie in der schon vor der Revolution gegründeten Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands bestanden hat. In das allgemeine politische Leben ist Dr. A. im Dezember 1918 eingetreten. Dr. A. ist bei der Wahl zur Nationalversammlung als deutschnationaler Kandidat in der Provinz Sachsen aufgetreten. — Daraus kam Redner auf die am Abend vorher stattgefundenen Verhandlungen der Unabhängigen zu sprechen. Es sei dort mit den alten Schlagworten vom Kapitalismus, Militarismus, von der Ausbeutung der Arbeiter usw. gearbeitet worden. Frage man diese Leute, was denn nun heute besser geworden sei, so werde geantwortet, der Krieg sei schuld an unserem Elend. In Wirklichkeit habe die Revolution auf allen wirtschaftlichen Gebieten nicht bessert, sondern verschlechtert gewirkt. Die geringe Produktion an Waren und Rohstoffen habe bei der starken Nachfrage notwendigerweise die Preise steigern müssen. Das Geld, das die finanzielle Wirtschaft gegenwärtig bietet, sei auch kein besseres. Die Schuldenlast des Reiches und der Papiergeldumlauf seien bedeutend gestiegen. Und während die Mobilisierung 2 Milliarden Kosten verursacht habe, hätte die Demobilisierung, trotzdem erhebliche Vorräte aufgestapelt gewesen seien, 17 Milliarden verschlungen. Beim Verkauf der Vorräte seien Abstriche auf ganz unglaubliche Weise ausgedient gekommen. Der Wert der deutschen Mark, die bei Beendigung des Krieges noch 50 Wp. im Ausland geegolten habe, sei während der Revolution bis auf 4 Wp. gesunken. Nach dem Kriege sei Deutschland infolge des Friedensvertrages und infolge unserer möglichen Wirtschaftslage zum Spielball des Auslandes geworden. Wenn die Sozialdemokratie in ihren Flugblättern alle Schuld den Kriegsheerern aufschiede, warum würden denn für die jetzigen Verhältnisse nicht die Männer verantwortlich gemacht, die jetzt regierten? Wer regieren wolle, habe auch, ob er wolle oder nicht, die Verantwortung zu tragen. Wenn sie die Verantwortung ablehnten, dann zeigten sie, daß sie nicht mehr die Macht in Händen hätten, und dann müßten sie abtreten. Der ehrliche Wille allein genüge nicht, sondern man müsse auch durch die Leistung zeigen, daß man der richtige Mann sei. Wenn gesagt werde, daß die Revolutionsregierung einen Krümmersaufen übernommen habe, so müsse man fragen, wie dieser Krümmersaufen jetzt kleiner geworden? Was hat geschwächt? Was ist unter der Revolution weiter geschwächt, der Krümmersaufen sei vergrößert worden. In der Versammlung der Unabhängigen sei gesagt worden, die alten Zustände seien untragbar gewesen. In dem Deutschland vor dem Kriege aber sei die Industrie zu solcher Blüte gelangt, daß nicht nur die Auswanderung gleich Null gewesen sei, sondern daß wir auch noch Hunderttausende von fremden Arbeitsträgern hätten heranziehen müssen. Die Mobilisierung und der Wohlstand des Volkes

hätten durch die Bank eine solche Stufe erreicht gehabt, daß uns darum die ganze Welt beneidet habe. Ferner sei in der Versammlung der Unabhängigen auch wieder behauptet worden, daß Kapitalismus Ausbeutung sei. Man selbst aber habe gesagt, daß Kapital ebenso notwendig sei wie Arbeit und daß es verkehrt sei, den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel auszurufen. Statt Reichum und Wohlstand, den Marx für die Aufhebung des Kapitalismus vorausgesetzt habe, sei heute das gerade Gegenteil vorhanden, nämlich Armut. Wenn man Sozialisieren wolle, solle man die Sache nicht so machen, daß man nur den äußeren Rahmen verändere, sondern es müsse ein jeder so erziehen sein, daß er freiwillig voll und ganz seine Pflicht erfülle. Disziplin, Fleiß und Wirtschaftlichkeit seien in den heutigen sozialisierten Betrieben aber nicht vorhanden. Notwendig sei ein Arbeitsfrieden, die Verleitung des Terrors. Der Sozialismus glaube, das Christentum sei zu entbehren. Er habe aber nicht die einigende und beruhigende Kraft auf das Volk wie das Christentum, das sich als eine staatserbaltende Kraft gezeigt habe. Redner kam dann auf den Kapp-Putsch zu sprechen, an dem die Deutschnationale Volkspartei keine Schuld habe. Scheidemann selbst habe gesagt, daß ohne die Putsche der Linken, es keinen Kapp-Putsch gegeben hätte. Die Regierung sei selbst schuld daran, daß sie nicht genügend Sicherheit für sich und für den Staat schaffen konnte. Die Unabhängigen hätten in ihrer Versammlung erklärt, daß sie nicht nur mit dem Stimmzettel, sondern auch mit Nachmitteln kämpfen wölen. Es werde von ihnen also zugegeben, daß auch sie ohne Militär nicht auskommen würden. Die Regierung habe es nicht verstanden, sich eine Macht zu schaffen, vor allem ein Heer, das, frei von Politik gemessen sei. Entgegen den Behauptungen der Unabhängigen führte Redner nachzuweisen, daß auch unter den alten Verhältnissen den Angehörigen der unteren Stände der Aufstieg möglich und der Zugang zu den Kulturkulturen nicht verschlossen gewesen sei. Eine wirklich soziale Politik müsse daran denken, daß zu einem sozialen Staatswesen hoch und niedrig gehöre und daß niemand bevorzugt werden dürfe. Die jetzige Politik aber bevorzuge einseitig einzelne Schichten. Es müsse darnach gestrebt werden, daß möglichst viele selbständige Existenzen im Staate leben könnten. Die Deutschnationalen seien für Aufhebung der Zwangswirtschaft, wenn sie auch nicht wollten, daß diese von heute auf morgen beseitigt werde. Die besten Weisungen seien die gewesen, in denen eine erbliche Monarchie gebilligt habe. Gegenwärtig hätten wir in Deutschland auch keine Demokratie, sondern eine Diktatur liegen. Redner trat für die Arbeitsgemeinschaft ein, die von den Unabhängigen labotiert werde, die den Klassenhass schürten. Keine Partei, außer der Deutschnationalen, verusche, ohne die Juden auszukommen. Trotzdem die Internationale verlange habe, lege man auch jetzt noch die Hoffnung auf den Gedanken der Völkervereinigung, der sich nicht werden verwirklicht lassen. Die so wichtige Frage der Arbeitslosen hätte sich schon nach Kriegsende besser regeln lassen, wenn man sich dazu hätte entschließen können, die Arbeitslosen dort zu beschäftigen, wo Arbeitsmangel gemeldet sei. Redner schloß, indem er betonte, daß die deutschnationale Volkspartei nicht beabsichtige, das Alte wieder aufzurichten. Das Kaiserreich sei für sie nicht das Endziel. Die Partei sei keine Klassenpartei wie die Sozialdemokratie. Sie wolle für die Arbeiter sorgen in der Arbeitsgemeinschaft. Aber es müsse für alle Volksteile gesorgt werden. Nur wenn jeder wisse, daß seine Interessen gewahrt werden, werde Ruhe eintreten. Wenn wir zeigten, daß wir einig seien, würden wir auch im Ausland wieder mehr Ansehen genießen. Der Vortragende erntete lebhaften Beifall. — Eine Aussprache fand nicht statt. Die Versammlung erreichte 1/10 Uhr ihr Ende.

—* Einzug der Landesfeuerwehrpolizei in ihre Dienstorte. In den nächsten Wochen werden die zur Zeit noch zur polizeilichen Ausbildung auf den Übungsplätzen befindlichen Teile der neuen Landesfeuerwehrpolizei in verschiedenen Städten unseres Sachsenlandes ihren Einzug halten. Wie mühen zuvor noch einmal die Bevölkerung kurz über Zweck und Aufgaben sowie über äußere Kennzeichen der Landesfeuerwehrpolizei unterrichtet. — Die Landesfeuerwehrpolizei ist geschaffen worden, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten sowie Regierung und Verfassung schützen zu helfen. Sie hat damit eine schwere Aufgabe zu erfüllen, die sie Hand in Hand mit der örtlichen Polizei und zu deren Unterstützung durchzuführen soll. Die Landesfeuerwehrpolizei ist kein Militär, wie in der Presse schon wiederholt bei Schilderung einzelner Fälle polizeilichen Eingreifens gesagt worden ist, sondern, wie ihr Name schon sagt, eine rein polizeiliche Einrichtung. Darauf ist auch ihr ganzer Dienstbetrieb zugeschnitten, der lediglich polizeilichen Aufgaben gilt. — Neugierlich sind die Beamten der Sicherheitspolizei an der geangrungenen Jägeruniform und dem Säuerlings zu erkennen. Wir bitten die ordnungs-

liebende und besonnenen Bevölkerung, der neuen Polizei vollstes Vertrauen entgegenzubringen und sie in ihrer schweren Aufgabe zu unterstützen.

—* Die Zusammenfassung der Landesfeuerwehrpolizei. Die Landesfeuerwehrpolizei hat fordern eine zahlenmäßige Zusammenfassung der Berufsfeuerwehren vorgenommen, aus denen die Angehörigen dieser Berufsfeuerwehren (nach dem Stande von Anfang Mai) 2214 ehemalige Arbeiter waren; das sind 73%. Ferner waren 541 ehemalige Kaufleute, 41 frühere Beamte und 401 Friedenskontingenten (ehemalige Unteroffiziere), die ebenfalls zum größten Teile aus einfacheren Volksteilen stammen. Unter den Arbeitern sind gelernte und ungelernete, unter den Kaufleuten auch Kräutler, Buchhändler, Metzger und Schneider, sodas in der Tat alle Kreise der werktätigen Bevölkerung in der L. S. W. vertreten sind. Es ist anzunehmen, daß mit dem Zusammenfassen dieser Tatsachen der Kritik, die da und dort noch gegen die L. S. W. wegen ihrer angeblichen Zusammenfassung geübt wurde, der Grund entzogen wird. Abzusehen davon, daß die L. S. W. beim Kapp-Putsch am 13. März selbstständig und ohne Schwanken die Regierung und Verfassung geschützt hat, beweisen auch die hier mitgeteilten Zahlen, daß die L. S. W. vonseiten der gesamten Bevölkerung das Vertrauen verdient, das sie als Grundlage eines erfolgreichen Wirkens unbedingt nötig hat.

—* Die Dresdner Erwerbslosen beim Ministerpräsidenten. Eine Demonstration der Erwerbslosen fand am Mittwoch, den 2. Juni statt und endete gegen 1/2 Uhr vor dem Ministerialgebäude. Der Ministerpräsident empfing eine von ihnen abgeordnete Deputation von sechs Mann. In etwa zwelftägiger Aussprache wurde den Abgeordneten Gelegenheit gegeben, die Wünsche und Klagen der Erwerbslosen vorzutragen und zu begründen, worauf der Ministerpräsident in längerer Rede auf die vorgebrachten Ausführungen im Einzelnen einging. Den Hauptwert hatte die Deputation auf die Förderung der Arbeitsvermittlung und auf eine bessere Regelung des Arbeitsmarktes gelegt. Der Ministerpräsident versprach, das Tatsachenmaterial durch die zur Zeit im Bahndienst befindlichen zuständigen Minister prüfen zu lassen. Er erklärte ausdrücklich, seine Verpflichtungen machen zu wollen, dagegen bereit zu sein, alles das, was irgend zu Gunsten der Erwerbslosen durchführbar sei, auch auszuführen zu lassen. Die Vertreter der Erwerbslosen erklärten sich damit einverstanden. Zum Schluß ging der Ministerpräsident zu den wartenden Demonstranten hinunter und hielt von der Treppe des Ministerialgebäudes aus eine Ansprache, in der er den Verlauf der eben stattgefundenen Verhandlung schilderte und antwortete, bei passender Gelegenheit in eine Versammlung der Erwerbslosen zu kommen, um sich über ihre Wünsche und Beschwerden noch einmal unmittelbar zu unterrichten. Er hätte es nur deshalb unterlassen, in die letzte Erwerbslosenversammlung zu kommen, um sich den Vorwurf zu ersparen, diese Versammlung zu Wahlweden auszunutzen. Manches sei durch die heutige Aussprache geklärt, und er hoffe, daß infolge der Durchführung der vorgelegenen Verordnung die Zahl der Erwerbslosen recht bald erheblich abnehmen und das Wirtschaftsleben aufs neue erblühen werde. Im Anschluß an die Rede des Ministerpräsidenten berichtete der Führer der Erwerbslosen Alfred Krause, den verarmten Demonstranten keinesfalls über den Gang der vorangegangenen Verhandlungen, worauf der Demonstrationszug in Ruhe auseinanderging.

—* Die sächsischen Eisenbahnbetriebsratswahlen. Die Betriebsratswahlen im Bereich der sächsischen Staatseisenbahnen hatten das Ergebnis, daß die Liste der sozialistischen Gewerkschaften zum Hauptbetriebsrat 23 902 Stimmen, (19 Sitze), die Liste der christlichen Gewerkschaften 2992 Stimmen (2 Sitze) erhielten. Gegen 9000 Wahlberechtigten übten ihr Wahlrecht nicht aus. Die Beamten und Beamtenanwärter haben, weil sie nicht unter das Betriebsratsgesetz fallen, ebenfalls nicht mitgestimmt. —* Die 11. ordentliche Landes-Synode der sächsischen ev.-luth. Landeskirche, zu der am 1. Juni die Wahlen nach dem neuen Wahlrecht in allen Teilen des Landes stattgefunden haben, wird voraussichtlich, wie die sächs. Anstaltungsstelle hört, in den nächsten Wochen zu einer kurzen Tagung zusammenzutreten. Dabei würde es sich zunächst im wesentlichen nur um die Konstituierung der Synode und die Bildung der Ausschüsse handeln können, während die eigentliche Arbeit in der Synode erst im Herbst einsetzen dürfte, nachdem umfangreiche Ausschüßberatungen über die neuen Vorlagen der Synode vorangegangen sind. Als erster Teil des Verfassungswerkes liegt der Entwurf einer neuen Kirchengemeindeordnung vor, der in den nächsten Tagen vor-